

Bürgermeister

Marlo Kratzke

Ronnenberg, 01.09.2025

PRÜFAUFTRAG zur Bildung von Ortsräten in Empelde, Ronnenberg und Vörie

DIE CDU-Fraktion im Rat der Stadt Ronnenberg beantragt,

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und unter welchen rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen in den Ortsteilen Empelde, Ronnenberg und Vörie zur Kommunalwahl am 13.09.2026 Ortsräte nach §§ 90ff. NKomVG gebildet werden können und welche finanziellen Folgen sich hieraus für den Haushalt der Stadt Ronnenberg ergeben würden.
2. Im Rahmen dieser Prüfung soll durch zeitnahe Informations- und Beteiligungsveranstaltungen in den betroffenen Stadtteilen das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an der Errichtung von Ortsräten erkundet werden.
3. Nach Vorliegen des Prüfungsergebnisses und Auswertung der Veranstaltungen gem. Ziffer 2, spätestens jedoch am 31.01.2026, legt die Verwaltung dem Rat einen schriftlichen Abschlussbericht vor.
4. Auf Grundlage dieses Berichts entscheidet der Rat über eine mögliche Änderung der Hauptsatzung gem. § 91 NKomVG einschließlich der Möglichkeit, dass für den Fall, dass nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten für den Ortsrat eines Stadtteiles benannt werden, stattdessen eine Ortsvorsteherin oder ein Ortsvorsteher durch den Rat gewählt wird.

Begründung:

Die Bildung von Ortsräten ist ein im NKomVG vorgesehenes Instrument zur demokratischen Beteiligung, Mitwirkung und Repräsentation der Einwohnerinnen und Einwohner in einzelnen Stadtteilen.

Derzeit gibt es in den Stadtteilen Empelde, Ronnenberg und Vörie keine Ortsräte, in Empelde und Ronnenberg auch keine Ortsvorsteherin oder Ortsvorsteher.

In Empelde und Ronnenberg gibt es zwar jährliche Bürgerversammlungen, in denen die Gelegenheit besteht, örtliche Anliegen direkt mit Ratsmitgliedern zu besprechen. Auch wenn dies ein wichtiges Instrument darstellt, kann hierdurch ein demokratisch gewählter Ortsrat, der mehr ist als eine einmalige Fragerunde, nicht ersetzt werden.

Ein Ortsrat hat vielfältige Vorteile. So ist er direkt von den betroffenen Einwohnerinnen und Einwohnern gewählt, so dass eine stärkere Identifikation der örtlichen Bevölkerung mit diesem Gremium entsteht. Die bislang schon bestehende Ortsräte zeigen eine gegenüber einer Bürgerversammlung deutlich stärkere Beteiligungskultur vor Ort. Ein Ortsrat kann im Rahmen eines eigenen Budgets Entscheidungen treffen und im Allgemeinen die ortspezifischen Interessen „seines“ Stadtteiles durch eigene Vorschläge gegenüber dem Stadtrat vertreten.

Diese Vorteile sollten deshalb grundsätzlich zukünftig nicht mehr allein den „kleinen Stadtteilen“ vorbehalten bleiben. Entsprechende Wünsche sind in der Vergangenheit aus der Bevölkerung mehrfach ausgesprochen worden.

Die Einrichtung von Ortsräten ist allerdings mit erheblichem organisatorischen, insbesondere aber auch finanziellem Aufwand (z.B. Aufwandsentschädigung und technische Ausstattung der Gremienmitglieder, Kosten der Sitzungen, Personalkosten der Verwaltung im Allgemeinen und der Gremienbetreuung im Besonderen) verbunden, der sorgfältig gegen den geschilderten demokratischen Mehrwert abgewogen werden muss.

Die CDU-Fraktion erwartet durch das Ergebnis des Prüfauftrages eine fundierte und transparente Grundlage für eine sachgerechte Entscheidung des Rates.

Gerald Müller
Fraktionsvorsitzender